

Lehren aus der Krise:

Europa nährt den Extremismus

Kommentar Die besonnene erste Reaktion der Regierungen auf die Finanzkrise verhinderte den Kollaps. Doch jetzt gewinnt ein strikter Sparkurs Anhänger. Die daraus folgende Rezession stärkt radikale Parteien. von Kevin O'Rourke

Am 9. August 1941 traf die "Prince of Wales" nach einer gefährlichen Reise vom Marinestützpunkt Scapa Flow in der Placentia Bay an der Küste Neufundlands ein. An Bord des britischen Schlachtschiffs war Winston Churchill, der sich mit Franklin D. Roosevelt traf. Höhepunkt des Treffens war die Atlantikcharta. In acht Punkten wurden die Prinzipien festgehalten, für die die Briten und später auch die Amerikaner in den Krieg zogen.

Die meisten Punkte waren eine Bekräftigung des vertrauten Wilson'schen Internationalismus: Militärische Aggression wurde verurteilt, es sollte das Prinzip der Selbstbestimmung gelten, man befürwortete den internationalen Handel. Etwas Neues war jedoch der fünfte Punkt. Dort hieß es, dass die beiden politischen Führer die engstmögliche Zusammenarbeit aller Nationen auf wirtschaftlicher Ebene anstreben. Ziel sei es, allen zu verbesserten Arbeitsbedingungen, wirtschaftlichem Aufstieg und sozialer Sicherheit zu verhelfen.

Labor Europa Europa-Entwürfe von den Römern bis Napoleon



Winston Churchill mag vieles gewesen sein, der geborene Sozialdemokrat war er gewiss nicht. Wie also kommt es, dass er in dieser epochemachenden Erklärung Verweise auf verbesserte Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit einbrachte?

Jemandem aus der damaligen Zeit mag das überhaupt nicht merkwürdig erscheinen. In den 20er-Jahren wurde die Weltwirtschaft schrittweise wieder aufgebaut, zudem gab es Anzeichen dafür, dass Deutschland erfolgreich in die Völkergemeinschaft integriert wurde: die Unterzeichnung der Verträge von Locarno 1925, Deutschlands Aufnahme 1926 in den Völkerbund, im August 1929 die Zustimmung zum Youngplan. Die Gemäßigten hatten Grund zum Optimismus. Die Nazis erhielten 1928 gerade einmal 2,6 Prozent der Stimmen.

Dann schlug Ende 1929 die Große Depression zu, und alles ging zu Bruch. Durch die Deflationspolitik Heinrich Brüning sank das Volkseinkommen Deutschlands um mehr als ein Viertel, die offizielle Arbeitslosenquote erreichte fast ein Drittel. Ein Gefühl der Unsicherheit griff um sich, aus dem die Extremisten Nutzen schlugen.

1930 stieg das Wahlergebnis der Nazis auf 18,3 Prozent, im Juli 1932 kamen sie auf 37,4 Prozent. Zu diesem Zeitpunkt war Brüning verschwunden. Sein Nachfolger hatte gemäßigt stimulierende Konjunkturprogramme übernommen, und es gab Anzeichen für eine teilweise Erholung. Es ist kein Zufall, dass im November 1932 der Anteil der Nazis auf 33,1 Prozent fiel. Aber da war es schon zu spät, die Weimarer Republik war dem Untergang geweiht.

Die Lehre war eindeutig: Die Staaten müssen ihren Bürgern die Sicherheit bieten, die der Goldstandard und das Marktsystem allein offenkundig nicht bieten konnten. Die Alternative war Nationalismus in all seinen Erscheinungsformen: im besten Fall Wirtschaftsnationalismus, andernfalls etwas deutlich Hässlicheres und Gefährlicheres. Und deshalb wurden aus den Demokratien der Nachkriegszeit sozial ausgerichtete Demokratien.

Nach 1945 nutzte man in sozial ausgerichteten Demokratien rund drei Jahrzehnte lang die Lektionen, die aus der Großen Depression gezogen worden waren - Regulierung (vor allem des Finanzsektors), Reflation (falls nötig) und Umverteilung -, um den Arbeitern die Sicherheit zu bieten, nach der sie sich so sehnten. Die Strategie erwies sich als so erfolgreich, dass die Wähler diese Sicherheit letztlich als gegeben annahmen.

In den vergangenen 30 Jahren wurde ein Großteil dieses politischen Konsenses der Nachkriegszeit durch eine Gegenbewegung weggefegt. Der durch die Globalisierung hervorgerufene vermeintliche Wettbewerbsdruck diente als Entschuldigung, die Schutzmechanismen des Sozialstaats zu unterminieren. Dies setzte sich auch fort, als die Globalisierung die Notwendigkeit eines solchen Schutzes verstärkte, weil sich die Einkommensschere öffnete. Und der Finanzsektor wurde in großem Stil dereguliert - was das Chaos erklärt, in dem wir uns heute befinden.

Zum Glück gerieten die Lektionen nicht in Vergessenheit. Die 2009 beschlossene Reflationspolitik ist der Hauptgrund, warum eine zweite große Depression vermieden wurde. Der anfängliche Erfolg dieser Politik hat jedoch eine gefährliche

Selbstgefälligkeit mit sich gebracht. Zudem nutzte die Rechte die Griechenland-Krise 2010 viel effektiver als die Linke die Katastrophen des Jahres 2008. Das Ergebnis ist eine Vielzahl von Sparprogrammen, die die zarte Erholung im Westen bedrohen.

Hier könnte der geneigte Leser einwenden, dass die heutige Lage anders ist. Schließlich ist Europa nicht mehr der Sumpf aus Vorurteilen und Nationalismus, der es vor 80 Jahren war: Die politischen Folgen einer Rezession sind keine Gefahr mehr. Ich bin mir da nicht sicher. Der Onlinehändler Amazon bündelt Thilo Sarrazins Bestseller "Deutschland schafft sich ab" hilfreich mit einem Buch über jugendliche Gewalttäter.

In Frankreich fischt die Regierung in den Gewässern der rechtsextremen Front National, weist Roma aus und bringt Migranten mit Verbrechen in Verbindung. Der Stimmenanteil der Nazis 1928 ist winzig im Vergleich zu dem der Dänischen Volkspartei 2007 (13,9 Prozent) oder dem von Geert Wilders' islamfeindlicher Partei für die Freiheit im Jahr 2006 (5,9 Prozent).

Unsere große Rezession hat Links- wie Rechtsextreme gestärkt. Dieses Jahr erhielt Wilders' Partei 15,5 Prozent der Stimmen, und in Ungarn zog die rechtsextreme Jobbik-Partei mit 16,7 Prozent ins Parlament ein. Eine Studie der Wissenschaftler Markus Brückner und Hans Peter Grüner ergab, dass in 16 OECD-Ländern, die zwischen 1970 und 2002 untersucht wurden, ein Prozentpunkt Wachstumsrückgang einherging mit einem Prozentpunkt Anstieg beim Zuspruch für extremistische Parteien.

Um es mit den Worten des Historikers Tony Judt zu sagen: "Warum hatten wir es so eilig, die Deiche abzutragen, die unsere Vorgänger so mühsam aufgebaut haben? Können wir uns so sicher sein, dass es keine Flut mehr geben wird?"

Mehr zum Thema

Insolvenzrecht für Länder Abkupfern bei der Bankenrettung

(<http://www.ftd.de/politik/konjunktur/insolvenzrecht-fuer-laender-abkupfern-bei-der-bankenrettung/50154724.html>)

Währungspolitik EU legt sich mit Chinesen an

(<http://www.ftd.de/politik/international/waehrungspolitik-eu-legt-sich-mit-chinesen-an/50178544.html>)

Schuldenkrise Europas Sparschwein-Wettlauf

(<http://www.ftd.de/politik/europa/schuldenkrise-europas-sparschwein-wettlauf/50178446.html>)

Wachstum trotz Krise Wirtschaftswunder an der Weichsel

(<http://www.ftd.de/politik/europa/wachstum-trotz-krise-wirtschaftswunder-an-der-weichsel/50176807.html>)

Mehr zu: Europa, Extremismus, Finanzkrise